



MEHRHEIT GEGEN UMBAU

Das Bürgerbegehren gegen den Umbau der Messe Essen war erfolgreich. Die Gegner*innen gewannen sehr knapp mit 962 Stimmern Vorsprung.
► Seite 4/5



US-DESERTEUR

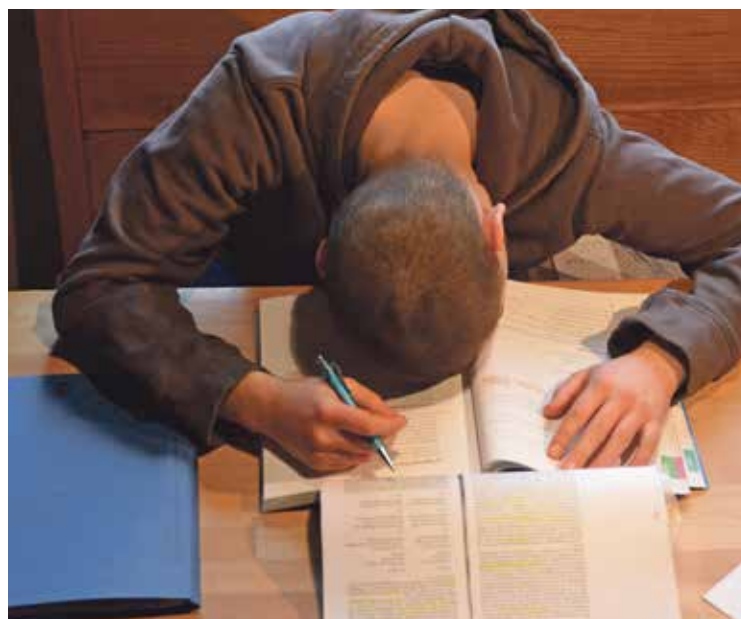
André Shepherd, ehemaliger Mechaniker im Irakkrieg, kämpft vor dem Europäischen Gerichtshof um Asyl in Deutschland.
► Seite 4/5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
► www.akduell.de

Morgen lerne ich dafür doppelt so viel!

„Hast du schon angefangen für ... zu lernen?“ Diesen Satz kann man in den Wochen vor der Prüfungsphase oft auf dem Campus hören. Das Heranrücken der letzten Vorlesungswoche des Semesters bedeutet für die meisten Student*innen vor allem eins: Stress. Seit Einführung des Bachelor- und Mastersystems hat die Zahl der Prüfungen und Klausuren bei vielen Studierenden massiv zugenommen. Deshalb herrscht Druck, möglichst viele Prüfungen im Semester zu schaffen. Die aktuell hat auf dem Campus nachgefragt: „Wie hoch ist euer Stresspegel in diesem Winter?“



Lernen macht vor allem eins: Müde. (Foto: Gerne)

Es könnte doch so einfach sein. Jedes Semester melde ich mich für zwei Prüfungen an, mache mir anschließend einen angemessenen Lernplan und fühle mich gut vorbereitet. Es ist ja alleine meine Entscheidung, wie viele Klausuren ich am Semesterende schreibe. Ist es das? Leider nur in der Theorie - und die liegt, wie so oft, der Praxis sehr fern.

BAföG-Förderung

Am Ende des vierten Semesters klopft bei vielen Student*innen das BAföG-Amt an und möchte Nachweise sehen. Wie viele Module wurden in der Regelstudienzeit erfolgreich abgeschlossen? Bei fehlenden Nachweisen drohen Kürzungen des BAföG-Satzes oder ein Rauschmiss aus der Förderung, bis die Leistungen erbracht worden sind. Das BAföG-Amt erwartet am Ende des vierten Semesters ein vom Prüfungsamt ausgefülltes Formblatt, in dem steht, ob die nötigen Leistungen erbracht worden sind.

Ausnahmen werden gemacht bei längeren Krankheiten, Schwangerschaft, Auslandsaufenthalten oder bei erstmaligem Nichtbestehen einer Modulabschlussprüfung. Die Entschuldigung, man wäre nicht in die Kurse reingekommen oder hätte an einem Tag drei oder vier Prüfungen absolvieren müssen und deshalb eine geschoben, zählt folglich nicht.

Verschoben ist nicht aufgehoben

Trotzdem ist es möglich, bei zu vielen Klausuren und zu wenig Lernzeit eine Prüfung auf das nächste Semester zu verschieben. Oftmals führt das aber zu Problemen. Im nächsten Semester gibt es schließlich weitere Klausuren und so erhöht sich das Volumen von Semester zu Semester. „Eine Klausur schiebe ich jetzt schon das dritte Semester in Folge. Mittlerweile denke ich, dass ich den Kurs besser nochmal machen sollte“ sagt Juli-

an, Lehramtsstudent. Nimmt man das denn auf die leichte Schulter? „Nein, der Gedanke an diese geschobene Klausur macht mir starken Druck. Man fühlt sich unorganisiert und überfordert.“

Am Kurs teilgenommen, doch dann die abschließende Prüfung verschoben. Das kann zu Problemen führen. Neben dem Vergessen des Stoffes können auch andere Faktoren dazu kommen: „Ich musste einen Kurs für die Prüfung noch mal wiederholen, da meine Dozentin oft krank war und wir dadurch nicht alle Inhalte besprochen haben. Danach das Semester wurde in dem gleichen Kurs viel mehr geschafft, somit war ich schlecht vorbereitet auf die Klausur“ sagt Janina, die zwei Geisteswissenschaften studiert. Die Nachschreibklausur, die typischerweise kurz vor Beginn des neuen Semesters angesetzt ist, durfte sie als Ausweichtermin nicht wahrnehmen. „Nachschrei-

ben dürfen mittlerweile leider nur noch die, die ein ärztliches Attest vorlegen können oder durchgefallen sind. Schiebt man eine Klausur, schiebt man sie direkt ein ganzes Semester“, so Janina weiter.

Zeitmanagement ist alles

Ein weiterer Stressfaktor für viele Studierende sind die schnell aufeinander folgenden Prüfungen. Viele Prüfungstermine werden in die letzte Vorlesungswoche gelegt. „Ich schreibe vier Klausuren in drei Tagen“ sagt Lea und ist damit kein Einzelfall. Diese Handhabung bedeutet, dass die verschiedenen Prüfungsinhalte zeitgleich gelernt werden müssen. Jakob, Germanistik-Student, sieht darin sein Hauptproblem: „Wenn ich für vier verschiedene Klausuren lernen muss, weil die Prüfungen kurz nacheinander sind, hab ich wenig Motivation anzufangen. Ich würde lieber ein Thema abhaken können und mich dann dem Nächsten widmen.“ Für Fälle wie diesen, gibt es in allen Prüfungsphasen-Ratgebern den gleichen Tipp: Früh einen realistischen Lernplan erstellen, in dem auch die Freizeitaktivitäten nicht zu kurz kommen und das eigene Lernen so besser strukturieren.

Aber sind wir ehrlich. Meist wird doch zu spät angefangen, dann zwei Wochen deprimiert durchgepaakt und irgendwann hat der Spuk ein Ende. Dann sind Semesterferien und bevor die ersten Hausarbeiten geschrieben werden, darf sich erst einmal erholt werden. Falls ihr gerade in einem Prüfungstief seid, tröstet euch: Wir sitzen alle in einem Boot und der Count-Down läuft langsam, aber sicher runter. Ein Tipp noch für die Nervennahrung: Die Weihnachtsschokolade ist jetzt stark reduziert. [Gerne]

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT**



**Das allsehende
Auge**

Bereits seit seiner Gründung fürchtet der Amerikanische Staat die Rückkehr der Monarchie, wie der Teufel das Weihwasser. Diese spezifisch amerikanische Angst kompensiert die Abwesenheit eines souveränen Herrschers, der fehlt, wo Einjeder souverän sein will. Jene Angst gebahr wohl auch diese wundersame Maschine, die in der Lage sein soll, den gesamten Datenverkehr zu archivieren und nach Schlüsselworten zu durchsuchen. Deren bloße Existenz kränkt bereits die bürgerliche Seele, die ihr eigenes Recht beschnitten sieht, unbeobachtet zu beobachten.

Es gleicht dem Turmbau zu Babel, nur mit Worten anstelle von Steinen. Eine Nation die vorgibt, eine Nation unter Gott zu sein, schlußendlich aber selbst zum allsehenden Auge werden möchte, versinnbildlicht eben jene Dekadenz, die den Untergang einer Kultur ankündigt. Diesen Untergang gilt es nach göttlichen Geboten anstelle von bürgerlicher Gesetzgebung fruchtbar zu machen, ohne sich dabei einem allzu naiven Idealismus hinzugeben.

Spionage und Überwachung sind am Ende schließlich die gewöhnlichsten Dinge der Welt, die einfachen Geistern erst auf technischem Neuland überhaupt ins Auge fallen. Jeder machterfahrene Herrscher ist sich hingegen bewußt, daß kein weltliches Gesetz den Menschen je unsichtbar und gleichsam allsehend machen wird, so sehr er sich auch moralisch dazu berechtigt sieht.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Kinderarmut nimmt zu

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen. Das zeigt die neue Studie des deutschen Kinderhilfswerks. Im Verhältnis zu 2007 ist die Zahl der Kinder in Armut deutlich gestiegen, 2007 lebte jedes sechste Kind in Armut, inzwischen sind es 2,8 Millionen der 14 Millionen Kinder.

Der Präsident des Kinderhilfswerks, Thomas Krüger, fordert „ein nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut brauchen.“ Er zeigt sich besorgt, dass es trotz der guten wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik eine deutliche Zunahme der Armut gegeben hat. Bei einer Pressekonferenz berief er sich auf Studien von Unicef, die deutlich machen, dass die Kinderarmut in Deutschland deutlich schneller ansteigt als die Armut in der restlichen Bevölkerung. Die Studie des Kinderhilfswerks zeigt zudem deutlich, dass die Einkommen in Deutschland zu niedrig sind, um Kinderarmut zu bekämpfen und vor allem Alleinerziehende bei der Erziehung finanziell im Stich gelassen werden. Über 70 Prozent der Befragten beklagten, dass die Politik sich dem Thema Kinderarmut nicht ausreichend widme und dieses nicht ernsthaft genug angehe. Diese Unzufriedenheit und die Kinderarmut sind in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

**Maßnahmen gegen
Kinderarmut**

Das Thema Kinderarmut beschäftige die Bevölkerung in Deutschland, erklärte Studienautor Uwe Meer-gans. Als Beleg nannte er, dass 66 Prozent bereit wären, mehr Steuern zu zahlen, wenn das Geld für die Bekämpfung des Problems verwendet würde. Die Mehrheit der Befragten fordere allerdings weitere Maßnahmen im Kampf gegen Kinderarmut. 97 Prozent unterstützten die Forderung nach einer Lehrmittelfreiheit für einkommensschwache Familien und deren Kinder mit Lehrmittelfreiheit, 86 Prozent die Forderung nach kostenfreiem Essen in Schulen und Kitas. Eine deutliche Mehrheit von 70 Prozent sprach sich sogar dafür aus, die Hartz-IV-Sätze anzuheben, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen.

Kritik an der aktuellen Situation kam von verschiedenen Verbänden.

Kinderarmut in Deutschland

Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in den Regionen



WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
Quelle: Mikrozensus 2012, ICHRW
© Hans-Böckler-Stiftung 2014

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, machte deutlich, dass „der Koalitionsvertrag in Sachen Kinderarmut sträfliche Defizite zeige.“ Er schlägt eine bessere finanzielle Unterstützung von Alleinerziehenden und eine Reform des Kinderzuschlags sowie der Hartz-IV-Leistungen für Kinder und Jugendliche vor. Diese würden jährlich allerdings 10 Milliarden Euro kosten.

Auch der Caritas-Präsident Peter Neher fordert, dass „der Kampf gegen Kinderarmut zwingend Vorrang im politischen Alltag haben“ müsse. Er machte deutlich, dass „Chancengleichheit nur zu erreichen ist, wenn materielle Unterstützung für arme Familien bereitgestellt wird und ein inklusives Bildungssystem durchgesetzt wird“

**Bundesregierung muss
mehr machen**

Die Kritik an der aktuellen Situation ergänzten die Verbände und Organisationen um Kritik und Forderungen an die Bundesregierung. „Eine Sachverständigenkommission soll die individuellen Bedarfe ermitteln, damit Hilfen bei Kindern in Not ankommen“, erklärte Krüger bei der

Vorstellung. Er machte deutlich, dass die Regierung endlich handeln müsse. Selbst der Bund der Deutschen Katholischen Jugend sagt, dass es sich um ein strukturelles Problem handele, dass von der Regierung angegangen werden müsse.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix erklärte: „Kinderarmut darf in einem reichen Land wie Deutschland kein Thema mehr sein.“ Er verteidigt den Koalitionsvertrag. Dieser würde sich mit Mindestlohn und Kita-Ausbau dem Thema stellen. Die linke Bundestagsabgeordnete Diana Golze bezeichnete den Koalitionsvertrag und die darin vorhandenen Maßnahmen hingegen als nicht ausreichend. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende fordert einen Mindestlohn, der seinen Namen verdient, eine Kindergrundsicherung, die Armut verhindert, und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, die allen Kindern und Jugendlichen offen steht. Sie verwies, wie auch die Studie, darauf, dass sich im gesamten Koalitionsvertrag nicht ein einziges Mal das Wort Kinderarmut finde und es bisher abseits des Mindestlohns kein Projekt gäbe, das die Armut bekämpfen könne. []]

Bürgerentscheid stoppt teuren Messeausbau

Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 962 Stimmen haben die wahlberechtigten Essener Bürger*innen am Sonntag entschieden, dass der Ausbau der Essener Messe nicht wie geplant stattfinden kann. So eng es am Schluss auch war, der Bürgerentscheid gegen die 123 Millionen Euro teuren Umbaupläne war erfolgreich und zwingt die Stadt Essen zum Umdenken: Das Prestige-Projekt muss nun wohl mit deutlich weniger Geld auskommen, obwohl es vergangenes Jahr im Stadtrat eine deutliche Mehrheit bekam und durch CDU, SPD, FDP und das Essener Bürgerbündnis unterstützt wurde. Dass hier gespart werden muss, ist beschlossene Sache, wofür das eingesparte Geld verwendet wird, noch nicht.

Nach der Auszählung liegen die beiden Optionen, zwischen denen die Essener Bürger*innen die Wahl hatten, beinahe gleichauf. Auch in den einzelnen Wahlkreisen unterscheidet sich das Verhältnis kaum. Die Wahlbeteiligung liegt mit 131.489 abgegebenen Stimmen untypisch hoch für einen solchen Entscheid bei 28,8 Prozent. Um die Entscheidung der Mehrheit bindend zu machen, musste außerdem ein Zehntel der Wahlberechtigten mit ja stimmen, was deutlich übertroffen wurde.

Schon wenige Minuten nach der Schließung der Abstimmungslokale zeichnet sich ab, dass es knapp wird: kein Prozentpunkt liegt zwischen den Ja- und Nein-Stimmen. Bis gegen 20 Uhr das vorläufige Ergebnis vorliegt, bleibt es spannend für Gegner*innen und Befürworter*innen der ehrgeizigen Investition. Im Saal Ruhr der Messe Essen, wo sich am Abend die Initiative „PRO Messe Essen“ trifft, wird um die eingeplanten Gelder gezittert. Das Bündnis „Messe-Umbau nicht um jeden Preis“, das im vergangenen Jahr die nötigen Unterschriften gesammelt hatte, um den Entscheid durchführen zu können, fiebert in der traditionsreichen Kneipe Panoptikum deutlich optimisti-



Trotz groß angelegter Plakatkampagne für den Ausbau durchkreuzten die Essener Bürger*innen am Sonntag die ehrgeizigen Pläne der Ratsmehrheit um CDU und SPD. (Foto: aGro)

schers dem Ergebnis entgegen.

Endspielstimmung im Panoptikum

Hans-Peter Leymann-Kurtz, der Vorsitzende der Linken im Stadtrat, spricht von „Endspielstimmung“. Grüne und Linke hatten im Rat gegen die kostspieligen Pläne gestimmt und gemeinsam mit Verbänden und Privatpersonen das Bündnis getragen. Nun verfolgen viele von ihnen auf Leinwänden die neuesten Ergebnisse. Leymann-Kurtz gibt zu, dass er am Morgen noch skeptisch gewesen sei, ob es am Ende reicht. „Als ich im Wahllokal mit Bürgern gesprochen habe, war ich plötzlich wieder optimistisch. Es gibt eine Diskrepanz zwischen der Stimmung im Stadtrat und dem, was die Bürger wollen. 66.000 Stimmen kann man nicht einfach beiseite schieben.“

Kritisch sieht Leymann-Kurtz die Rolle von Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD), der den teuren Umbauplan durch städtische Stellen bewerben ließ: „Der Oberbürgermeister ist einerseits oberster Chef der Verwaltung, andererseits ist er als Aufsichtsratsvorsitzender auch Cheflobbyist der Messe. Hier wurden

Linien überschritten. Das sollte politische Konsequenzen haben.“

Katerstimmung an der Messe

Während im Panoptikum noch gefeiert wird, herrscht beim PRO-Messe-Bündnis bereits Katerstimmung. Obwohl die im Bündnis vertretenen Parteien über 80 Prozent der Sitze im Stadtrat innehaben und neben der Messe selbst auch durch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände unterstützt wurden, konnte man keine Mehrheit von der eigenen Position überzeugen. „Heute war kein guter Tag für diese Stadt“, postet die Seite des Bündnisses am Sonntag Abend auf Facebook. „Jetzt ist es notwendig, mit den Konsequenzen umzugehen.“ Auch Oberbürgermeister Paß spricht in der Messe von einer „Weichenstellung in Richtung Abwärts mit ungewissem Ausgang“ und wirft die Frage auf, wo Bürgerentscheide ihre Grenzen haben sollten.

David gegen Goliath

Die Niederlage kommt anscheinend unerwartet, denn im Vergleich war das PRO-Messe-Bündnis zuletzt weit präsenter als es die Gegner*innen waren.

Die professionell gestalteten Plakate, die mit gutem Timing und in großer Stückzahl geklebt wurden, ein Offener Brief, der in zahlreichen Medien als Anzeige erschien und die intensive Nutzung sozialer Medien machten es Essener*innen kaum möglich, ihre Argumente zu übersehen. Neben der Messe selbst, deren Mitarbeiter*innen sich größtenteils begeistert über das Gemeinschaftsgefühl beim Plakatieren zeigten, bezogen auch andere städtische Stellen eindeutig Position. Etwa auf essen.de, wo man eigentlich nach neutralen Informationen zum Wahlablauf sucht, findet sich im Zentrum der Homepage ein FAQ zur sogenannten Ertüchtigung der Messe Essen. Dort bewarb die Stadt den Umbauplan und stellte ihn als alternativlos dar.

Demgegenüber drohte die Kampagne des Gewinnerbündnisses fast unterzugehen. Der Essener Bundestagsabgeordnete Kai Gehring, (Grüne) spitzt es auf Facebook zu: „David hat gegen Goliath gewonnen! Bei einem so teuren Projekt zu Zeiten knappster Kassen war es richtig, den Souverän zu befragen.“ [aGro]

Mut zur Feigheit: US-Deserteur hofft auf Asyl in Deutschland

Er hat den wohl mächtigsten Feind der Welt. Nun muss er sich vor ihm fürchten, weil er sich nicht länger schuldig machen will. Auf Hilfe hofft er in Deutschland: Die Rede ist nicht von Edward Snowden, sondern von André Shepherd, einem US-Deserteur, der als erster Fahnenflüchtiger der US Army in Deutschland Asyl beantragt hat. **akduell** hat mit André Shepherds Anwalt über den Fall gesprochen.

Dass André Shepherd überhaupt zur Army ging, war seiner damals prekären Situation geschuldet: Ein Jahr lang war er obdachlos. Die Army bot ihm die Gelegenheit, sich aus seiner Misere zu befreien – und schickte ihn in gleich zwei Konflikte. Zunächst in einen bewaffneten: Von September 2004 bis Februar 2005 war er im Irak stationiert, nahe Tikrit. Nicht als bewaffneter Soldat, sondern als Mechaniker, der die Apache-Helikopter reparierte und wartete. Bereits während des Einsatzes berichteten ihm Iraker*innen von Kriegsverbrechen, Folter und weiteren Grausamkeiten. Doch: „Es war die Schlacht von Falludscha, die mir wirklich die Augen geöffnet hat“, sagt Shepherd. Im November 2004 flogen unter anderem Apache-Hubschrauber, wie er sie wartete, Angriffe auf die Stadt. 1.200 getötete Rebell*innen und 700 getötete Zivilist*innen sind das traurige Resultat. „Ich dachte: Wir sind hier, um den Menschen zu helfen, nicht um ganze Städte zu zerstören“, erklärt der Deserteur. Und das ist der zweite Konflikt, in den ihn die Army schickte – ein moralischer. Ständig quälte ihn die Frage: **Mache ich mich hier eines Verbrechens schuldig?**

Nach seinem Irak-Einsatz wird er in Katterbach in der Nähe von

Nürnberg stationiert. Dort beschäftigt er sich noch einmal intensiv mit dem Krieg und seinen Gründen und kommt zu dem Schluss, dass er nie wieder an einem Krieg beteiligt sein möchte.

Erneuter Einsatzbefehl führte zur Fahnenflucht

Gerne hätte er wohl den Brief für einen Aprilscherz gehalten, der ihn am 1. April 2007 erreichte. Doch es war bitterer Ernst: Ein neuer Einsatzbefehl für den Irakkrieg. Dann geht alles ganz schnell. Wenige Tage später taucht er unter. 19 Monate hält er sich in Süddeutschland versteckt. Freunde organisieren ein Zimmer in einem Bauernhaus für ihn, durch Gartenarbeit versucht er, ein wenig Geld zu verdienen. Ein schwarzer US-Amerikaner in Bayern, das fällt doch auf? „Zweimal wurde ich von der Polizei kontrolliert. Doch als ich meinen Army-Ausweis zeigte, ließen sie mich sofort wieder laufen“, ist der Deserteur immer noch erleichtert.

Denn wenn er aufgegriffen und an die US-Behörden überstellt worden wäre, hätte das schlimme Folgen für Shepherd gehabt, erklärt sein Anwalt Reinhard Marx gegenüber **akduell**: „In den USA drohen ihm mindestens 18 Monate Haft und eine Einschränkung seiner Bürgerrechte.“ Zudem habe die



US-Deserteur André Shepherd: Der Kampf geht vor dem Europäischen Gerichtshof weiter. (Foto: flickr.com/Daniel Silliman, CC BY-NC-ND 2.0)

Army in den USA einen sehr hohen gesellschaftlichen Stellenwert. „Aus der Armee unehrenhaft entlassen zu werden führt in den USA zu einer krassen Diskriminierung. Es wäre unglaublich schwierig für André Shepherd, einen Job und eine Versicherung zu finden“, so Rechtsanwalt Marx weiter.

Nach 19 Monaten in der Angst, von der amerikanischen Militärpolizei aufgespürt zu werden, stellte Shepherd dann im November 2008 einen Asylantrag an die Bundesrepublik. Dabei beruft er

sich auf eine Anerkennungsrichtlinie des EU-Rats aus dem Jahr 2004: Demnach ist er asylberechtigt, wenn er sich im Irakkrieg an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit hätte beteiligen müssen. Trotzdem lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge April 2011 den Antrag ab. Nach Ansicht der Behörde gab es keine hinreichenden Anhaltspunkte, „dass der Asylbewerber bei einem erneuten Einsatz im Irak in Kriegsverbrechen oder andere Straftaten verwickelt werden könn-

TIPPS & TERMINE

Metropolis am Samstag 25.01.



(Foto: brandbook.de/flickr.com, CC BY-SA 2.0)

MITTWOCH, 22.01.

Stadtbeschränkung:

Studierende eröffnen ihre Ausstellung mit Kunst im und vorm Schrank. Die Ausstellung wird von Mittwoch auf Donnerstag ab 16 Uhr auch an der Haltestelle Rheinischer Platz aufgebaut und Fotos mit Musik präsentieren.

► Mittwoch und Donnerstag ab 16 Uhr, Rheinischer Platz Essen

MITTWOCH, 22.01.

Jam-Session

In der d.bar in Essen wird wieder gejammt: Ohne Voranmeldung jeden Mittwoch ab 20 Uhr. Soundanlage, Keyboard und Mikrofone werden gestellt. Gitarren, Bässe und kleine Percussions müssen selbst mitgebracht werden.

► Ab 20 Uhr, d.bar Essen, immer mittwochs

FREITAG, 24.01.

Swing N Beton

Elektroswing mit Liveperformance: Hier könnt ihr zu Sound Nomen (Lola's World) tanzen und mit DJ Casio und dem Konfetti Klub Ensemble feiern. Außerdem: zweiter Swing-Floor mit DJ Martini (Cosmotopia) und Chapeau Club.

► Ab 23 Uhr, Goethebunker Essen, Goethestrasse 67, Eintritt 8 Euro

te“, heißt es in einer Erklärung des Bundesamts.

Verfahren liegt beim europäischen Gerichtshof

Shepherd und sein Anwalt akzeptierten das nicht. Sie klagten zunächst vor dem Verwaltungsgericht München. „Das Verwaltungsgericht hat bestätigt, dass es keine Zweifel an den Aussagen meines Mandaten gibt“, sagt Reinhard Marx. „Jedoch setzten die Richter das Verfahren aus, um beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg grundsätzliche europarechtliche Fragen klären zu lassen.“ Im Mittelpunkt stehe die Frage, ob jemand, der Kriegsgeräte einsatzbereit macht, gleich zu behandeln sei mit den Soldat*innen, die damit töten. Angesichts der Technisierung der Kriegsführung ist das eine interessante Frage. Schließlich dokumentiert etwa das WikiLeaks-Video „Collateral Murder“, dass Apache-Hubschrauber, wie sie Shepherd wartete, im Juli 2007 die Tatwaffen bei der Erschießung von Zivilist*innen und Reportern in Bagdad waren.

Reinhold Marx geht davon aus, dass es noch eineinhalb Jahre dauern wird, bis der Europäische Gerichtshof ein Urteil spricht, das dann bindend für alle EU-Mitgliedsstaaten ist. Insgesamt zeigt sich der Anwalt optimistisch: „Ich rechne damit, dass das europäische Gericht auch Technikern im Militärdienst ein Asylrecht gewährt, wenn sie desertieren, um nicht an Kriegsverbrechen beteiligt zu sein.“ Dem würde sich dann



Solche Apache-Kampfhubschrauber wollte Shepherd nicht nochmal im Irakkrieg einsatzfähig machen. (Foto: U.S. Army/ flickr.com, CC BY 2.0)

letztlich auch das Verwaltungsgericht München in dem konkreten Fall anschließen, ist er überzeugt.

Kein sicherer Hafen

André Shepherd ist der erste und bisher einzige US-Deserteur, der Asyl in Deutschland beantragt hat. Die meisten Menschen, die vor dem US-Militärdienst fliehen, beantragen Asyl in Kanada. Dass Deutschland nicht als sicherer Hafen für flüchtige amerikanische Soldaten gilt, mag auch etwas mit der deutschen Geschichte zu tun

haben. Schließlich ist die Bundesrepublik keineswegs bekannt für einen liberalen Umgang mit Deserteuren aus dem Nationalsozialismus: Erst 1998 trat ein Gesetz in Kraft, welches Deserteure aus der Wehrmacht rehabilitierte und die Fahnenflüchtigen und ihre Angehörigen entschädigte – unter dem Vorbehalt der Einzelfallprüfung, versteht sich. Erst vier weitere Jahre später verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, welches die Urteile der nationalsozialistischen Militärgerichte pauschal

aufhob. Es brauchte also mehr als 50 Jahre, bis Soldaten, die sich nicht länger an den nationalsozialistischen Verbrechen beteiligen wollten, juristisch nicht mehr als Verräter galten. André Shepherd hält Deutschland dennoch für das richtige Land, nicht nur, weil er sich hier für eine Flucht vor der US-Armee entschied. Niemand könne behaupten, er sei unschuldig, weil er nur Befehle befolgt habe, ist sich Shepherd sicher. Auch angesichts der deutschen Geschichte fragt er: „Wenn ich in diesem Land nicht Zuflucht und Verständnis für mein Handeln finden kann, wo dann?“

Die Gründe dafür, dass die deutschen Behörden bisher den Asylantrag abgelehnt haben, halten Rechtsanwalt Marx und sein Mandant für vorgeschoben. Sie führen die Entscheidung auf die Angst der Bundesregierung zurück, in einen Konflikt mit der US-Regierung zu geraten. Tatsächlich jedoch hat die anstehende gerichtliche Entscheidung Bedeutung weit über den Einzelfall hinaus: Sollte die Begründung der Ablehnung Schule machen, wäre die Hürde im Flüchtlingsrecht für praktisch keine Deserteurin und keinen Deserteur mehr zu nehmen.

Es geht André Shepherd indes nicht lediglich darum, hier leben zu dürfen: Er ist mit einer Deutschen verheiratet, hat daher ohnehin eine Aufenthaltsgenehmigung. Vielmehr geht es ihm darum, dass der Grund anerkannt wird, aus dem er desertiert ist. Er will so anderen Soldat*innen Mut machen. Mut zur Feigheit. [Fra]

SAMSTAG, 25.01.

Uzo-Slam

Unter der Moderation vom „Altmeister“ Sebastian23 treten junge Slammer mit ihren Texten an. „Die frischesten Texte, die neusten Ideen, garantiert unverstaubt und grandios“, heißt es in der Ankündigung.

► Ab 20 Uhr, Djazz Duisburg, Börsenstrasse 11

SAMSTAG, 25.01.

Metropolis

In der fiktiven Stadt wird in vier Distrikten gefeiert. Im Industrial Complex mit Drum Computer, der 808 District besticht mit tiefen Bässen, im Nostalgic Hill werden Melodien der Jugend gespielt und die Hypnagogic Residence bietet ruhige Sounds.

► Ab 23 Uhr, Druckluft Oberhausen, Am Förderturm 27, 6 Euro

SONNTAG, 26.01.

„Deutsch sein und schwarz dazu“

Theodor Michael spricht über die Verfolgung im Nazi-Deutschland, der er als Schwarzer ausgesetzt war. Auch geht er auf die Nachkriegszeit ein, in der er immer noch unter gesellschaftlichem Rassismus litt.

► 17 Uhr, Christuskirche Bochum, Eintritt unter 25 frei, sonst 5 Euro.

TÄGLICH AUSSER MONTAG

Andy-Warhol-Ausstellung

Seit dem 19. Januar gibt es in Oberhausen fast alles zu sehen, was Andy Warhol so geschaffen hat: Von seinen berühmten Druckgrafiken über Plattencover bis hin zu originalen Drehbüchern.

► 11-18 Uhr in der Ludwiggalerie im Schloss Oberhausen, bis 18. Mai

Die Regenbogen-Doppelmoral

Nach dem Outing des ehemaligen Nationalspielers Thomas Hitzlsperger gab es großen Zuspruch in Medien und der Bevölkerung. Dass sich ein Fußballspieler als schwul outet, sei in der heutigen Zeit völlig normal, meinten viele. Gleichzeitig türmen sich aber Wellen der Empörung gegen die Landesregierung von Baden-Württemberg. Die will in Zukunft sexuelle Vielfalt nicht nur im Biologie-Unterricht lehren, sondern als Querschnittsthema in fast allen Fächern verankern. Eine Online-Petition eines Schwarzwälder Lehrers gegen die Pläne hat bis heute unglaubliche 145.000 Unterstützer*innen gefunden, die in den Kommentaren gegen LGBT* hetzen. Ein Lehrstück in Doppelmoral.



Ein Lehrer aus Baden-Württemberg startete eine homophobe Anti-Regenbogen-Petition. (Foto: Kevin Wong/ flickr.com, CC BY 2.0)

Die Änderung der Leitlinien im baden-württembergischen Bildungsplan bis zum Jahr 2015 würde gleich mehrere Schulfächer betreffen. Durch alle Fächer hindurch sollen neue Leitprinzipien von beruflicher Orientierung, nachhaltiger Entwicklung, über Verbraucherbildung bis zu Medienbildung verankert werden. Auch sexuelle Vielfalt soll eine Rolle spielen. Das Thema würde damit den Sprung aus dem Sexualkundeunterricht schaffen. Hier wurde LGBT* bislang als abweichendes Verhalten von der heterosexuellen Norm unterrichtet. Jetzt sollen auch die Diskriminierung und Toleranz von LGBT* in sozialwissenschaftlichen Fächern beleuchtet werden.

LGBT* als Ideologie?

Das war dem Schwarzwälder Lehrer Gabriel Stängle zu viel. Er veröffentlichte auf der Plattform openpetition.de den Aufruf „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“. Nachdem die erste Fassung vom Portal abgelehnt wurde, da sie diskriminierende Passagen enthielt, wird die aktuelle Petition nun doch angezeigt. Schon im Titel verklärt die Petition sexuelle Orientierung und Lebensformen als Ideologie. In den Kommentaren ist dann

von „Homosexualisierung der Gesellschaft“ und „sexuellen Anomalien“ die Rede. Insgesamt reproduzierenden die Kommentierenden homophobe Vorstellung, die in dieser Aggressivität besonders unter fundamentalen Christ*innen und in der extremen Rechten verbreitet sind.

Der Macher der Petition bemüht sich jedoch zunächst, sich einen LGBT*-freundlichen Anstrich zu geben: „Wir unterstützen das Anliegen, Homosexuelle, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTI) nicht zu diskriminieren“. Doch schon ein paar Absätze später heißt es dann: „Aus der gleichen Würde jedes Menschen folgt noch nicht, dass jedes Verhalten als gleich gut und sinnvoll anzusehen ist.“ Eine Formulierung, die Diskriminierungen Tür und Tor öffnet.

Homosexuelle Propaganda - Ein Hauch von Putin

Auch folgende Aussage hat einen bekannten Beigeschmack: „Die LSBTTIQ-Gruppen propagieren die Thematisierung verschiedener Sexualpraktiken in der Schule als neue Normalität und stehen damit in einem krassen Gegensatz zur bisherigen Gesundheitserziehung“, so Lehrer Stängle in seiner Petition. Propagieren? Diese Ausdrucksweise benutzt aktuell vor allem die ho-

mophobe russische Regierung. Das von Putin verabschiedete Gesetz gegen „Homosexuelle Propaganda“ verbietet es LGBT*, sich in der Öffentlichkeit gemeinsam zu zeigen oder auf Demonstrationen Plakate gegen die Diskriminierung hochzuhalten. Denn das alles gilt in Russland inzwischen als Propaganda. Als Bestrafung drohen Geldstrafen oder sogar Haft.

Ziel sei es, so die russische Staatsduma, Kinder und Jugendliche vor dem Einfluss von LGBT* zu schützen, damit diese nicht in ihrer sexuellen Orientierung verwirrt oder ebenfalls zu LGBT* werden. Eine Argumentation, die sich auch in den Kommentaren angeblicher besorgter Eltern unter der deutschen Petition finden lässt. Während also alle über die eklatanten Missstände für LGBT*-Sportler*innen und -Zuschauer*innen in Russland zu den Olympischen Winterspielen in Sotschi mockieren, werden in Deutschland die selben Argumentationsmuster gegen den baden-württembergischen Bildungsplan 2015 benutzt. Eine Doppelmoral, die den Diskutierenden scheinbar nicht auffällt.

Andere kritisieren die homophobe Unterschriftensammlung dagegen scharf. In einer Gegenpetition von Bastian Burger, die bislang 80.000 Unterstützer*innen sammeln

konnte, heißt es: „Die Argumentation, LSBTTI sei gefährlich, halte ich für falsch und vollkommen verquer.“ Und auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft zeigt sich empört über die hetzende Petition. Mit den neuen Bildungsrichtlinien sollten vielmehr „Konzepte für die Akzeptanz und gleiche Rechte von lesbischen, schwulen Menschen entwickelt und damit deren Diskriminierung abgebaut werden“, so GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz in der Stellungnahme. Wer im Zusammenhang mit dem Aufbau von Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt von einer „kompletten sexualpädagogischen Umerziehung“ spräche, habe nichts begriffen und lebe in einem früheren Jahrhundert, sagt auch Holger Henzler-Hübner vom Netzwerk der lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgenen, intersexuellen und queeren Menschen (LSBTTIQ) Baden-Württemberg.

Während gegen den Verfasser der polemischen Anti-Regenbogen-Petition eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht wurde, zeigt sich die Landesregierung unbeeindruckt. So sagte ein Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gegenüber dem Spiegel: „Die jetzige Online-Petition birgt den Geist massiver Intoleranz und ist pädagogisch wie politisch unterste Schublade.“ [mac]

Hallen für Inspiration und Kontakt

Die Internationale Möbel-Messe Cologne 2014 (IMM) öffnete vergangenes Wochenende ihre Tore für die Öffentlichkeit. Die Messe präsentiert die neuen internationalen Möbel- und Einrichtungstrends und bietet laut Veranstalter „dem Design-Nachwuchs eine wirkungsvolle Plattform“. Davon fühlte ich mich als Design-Studentin angesprochen und habe am Samstag gespannt die riesigen Messehallen betreten.

Überrascht hat mich der ausdrückliche Hinweis des Veranstalters Koelnmesse GmbH, dass kein Verkauf von Produkten an den Endverbraucher stattfindet. So war doch meine erste Vorstellung, dass vor allem reiche Design-Liebhaber*innen ihren Fuß in die Hallen setzen. Diese Vermutung wurde relativiert, als ich zwei Schreiner*innen treffe, die sich gerade mitten in ihrer Ausbildung befinden. Sie sind vor allem zum Kennenlernen der Branche gekommen. Ihr Chef hatte sie dazu angeregt sich das Spektakel näher anzusehen. Gelohnt hat es sich aber anscheinend weniger: „Es gab aber letztendlich nicht viel Neues für uns zu sehen“, sagt eine der Beiden.

Später komme ich mit einer Studentin der Hochschule Detmold ins Gespräch, die Innenarchitektur im ersten Semester studiert: „Man weiß nicht, wo man hingucken soll, aber es gibt coole Ideen, die einen weiterbringen und die man in eigene Projekte einbringen könnte“, sagt sie. Als ich sie frage, ob sie sich gut auf der Messe orientieren können, hatten sie einen ähnlichen Eindruck wie ich: „Die Ausstellung ist einfach viel zu unübersichtlich. Natürlich ist es bei so vielen Ausstellern und deren unterschiedlichen Exponaten nicht möglich, jeder Firma eine ganze Halle zur Präsentation der Möbel zu bieten. Es geht von den Kapazitäten einfach nicht anders.“

Ein unergründbares Durcheinander

Auf den ersten Blick wirkt die Messe wie ein unergründbares Durcheinander. So wurden scheinbar willkürlich Whirlpools



(Foto: Li)

neben Luxussofas und Kinderzimmer neben Schreibtischen präsentiert. Es ist so ähnlich wie bei einem Déjà-vu: Immer wieder frage ich mich, ob ich hier nicht schon einmal gewesen bin. Ist die Messe für Studierende interessant um sich inspirieren zu lassen, oder gibt es da noch mehr Möglichkeiten der Interaktion? Zumindest das Personal an den Ständen war sehr hilfsbereit und ging sofort auf mich zu, wenn ich in den ausgelegten Katalogen blättere.

In einem weiteren Punkt hielt die Messe jedenfalls, was ihr Name verspricht: Durch viele Unternehmen aus Italien, Spanien und England wirkte sie recht international.

Urban Farming hält Einzug ins Schlafzimmer

Mit wertvollen Materialien an den Ständen, hochwertigen Prospekten und die harmonischen Zusammenstellungen von Exponaten, Farben und Licht wetteifern die Firmen um die Gunst der Besucher*innen. Im Trend liegt offenbar wieder viel flächiges, reduziertes und geometrisches Design. Und oh Wunder, auch für kleine WG-Zimmer gibt es hier Einrichtungsgegenstände: Betten zum Stapeln, Garderobenhaken

zum Ausziehen und Regale, die bis unter die Decke reichen.

Auffällig waren zwei Stände, die das „Urban Farming“ bewerben - Nutzpflanzenzucht in der Großstadt, und sogar im Schlafzimmer. Hierbei werden neue Konzepte entwickelt, um mehr Fläche nutzen zu können, zum Beispiel durch mehrere Etagen und die einfallsreiche Einbindung von Möbeln. Pflanzen wachsen aus dem Kopfteil eines Bettes in das Schlafzimmer hinein oder hängen in kleinen Töpfen im Wohnzimmer an der Decke.

Für Design-Studierende war der Bauhaus-Stand wohl das Highlight der Messe. Dieser präsentierte Sessel, Tische, Lampen und Stühle im Bauhaus-Stil aus und ehrte Walter Gropius, Mitbegründer der Bauhaus-Universität in Weimar, mit Schriftzügen seines Namens an den Wänden.

Die Orientierung auf der Messe könnte zwar erleichtert werden, aber nach Außergewöhnlichem muss man ohnehin immer selbst schauen. Okay, umsonst war der Besuch der IMM für mich nicht. Mit einem zusätzlichen Angebot für den Design-Nachwuchs könnten die Veranstalter*innen allerdings bestimmt noch ein weiteres Publikum erschließen. [Li]

KURZMELDUNGEN

Hunderttausende Akademiker*innen arbeiten für Niedriglöhne

Laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen arbeiteten 2012 rund 688.000 Akademiker*innen zu einem Niedriglohn. Damit ist fast jede*r zehnte Akademiker*in betroffen. Die Niedriglohnschwelle liegt nach aktuellen Berechnungen derzeit bei 9,30 Euro Brutto die Stunde. Nach Jahren der Qualifikation bleiben vor allem Akademikerinnen unterbezahlt: 11,4 Prozent erhalten nur Niedriglöhne. Bei den Akademikern lag der Prozentsatz dagegen bei 6,1 Prozent. Die Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolvent*innen lag im vergangenen Jahr unverändert bei unter drei Prozent.

Studierende von Mindestlohn ausgeschlossen verfassungswidrig

Der wissenschaftliche Dienst meldet verfassungsrechtliche Bedenken an: Die CDU fordert, Studierende und Renter*innen vom gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro auszunehmen. Das sei nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz aus dem Grundgesetz vereinbar, teilt der wissenschaftliche Dienst nun in einem Gutachten mit, das die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitte Pothmer, in Auftrag gegeben hatte. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles von der SPD hat sich bereits gegen den Vorschlag von CDU und CSU geäußert.

akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:

► www.facebook.de/akduell

und auf unserer Homepage:

► www.akduell.de

Breaking Studiwohnheim

Nicht feinfühlig, aber effektiv: Im thüringischen Schmalkalden hat sich ein Student auf ungewöhnliche Weise Zugang zu einem Studierendenwohnheim verschafft. Als niemand die Tür öffnete, ist er in das Auto einer Freundin gestiegen und durch die verschlossene Tür des Wohnheims gebretert.

Das Auto kam im Eingangsbereich zum stehen. Abgesehen von der Tür wurde niemand verletzt. Nach Informationen des MDR zog sich der Student anschließend vollständig aus und legte sich neben einer Heizung schlafen. Die Polizei teilte später mit, der Student habe ausgesagt, an dem Abend die Droge Crystal Meth konsumiert zu haben.

Notlagen verhindern bevor sie entstehen – das aktuell-Ressort für Soziales, Wohnen und praktische Lebensberatung hat für euch fünf bessere Möglichkeiten zusammengestellt, nach einer wilden Party zurück ins Studi-Wohnheim zu kommen:



Foto: Aaron Muszalsky/flickr.com (CC BY 2.0)

5. Zweitschlüssel deponieren:

Wer eine Freundin mit Auto hat, kann bei ihr auch einen Schlüssel zum Wohnheim hinterlegen. Das spart Autos, Wohnheimtüren und Nerven.

4. Schlüsseldienst rufen:

Ok, kleiner Scherz, ein neues Auto ist in jedem Fall billiger.

3. Länger feiern:

Wer erst zurück kommt, wenn sich die Kommiliton*innen auf den Weg zur Vorlesung machen, kommt wenigstens schmerzfrei in den Eingangsbereich.

2. Andere Drogen nehmen:

Zugegeben, der Versuch, auf MDMA die Tür des Wohnheims aufzukuscheln ist vielleicht weniger effektiv als die Nummer mit dem Auto, verursacht aber alles in allem weniger Stress.

1. Better call Saul:

Alles genau so machen wie der Student in Thüringen, aber anschließend das Studentenwerk auf Schadensersatz und Schmerzensgeld verklagen.

[rvr]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: [ASTA](#) der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydank
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Felix Rauls (Fra), Teresia Minjoli (ttm), Linda Gerner (Gerne), Elisa Wehrhahn (Li)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Alex Grossert (aGro)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

	3	6		7	2	1	5	
1			6				4	8
				3				6
							8	
	8		3	1	4		2	
	9							
3				4				
7	6				8			3
4	5	1	9			8	6	

HLP! #47: HELMI UND DIE GUTE SACHE.

